



Satzung

in der Fassung

vom 25.06.2018

Firma, Sitz und Gegenstand der Genossenschaft

§1

(1) Die Genossenschaft führt die Firma

„co op Minden-Stadthagen
eingetragene Genossenschaft“.

Sie hat ihren Sitz in Minden.

- (2) Die Genossenschaft bekennt sich zum Grundsatz religiöser, weltanschaulicher und parteipolitischer Neutralität.
- (3) Die Genossenschaft bezweckt die Förderung der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs. In Erfüllung dieses Grundauftrags bemüht sie sich auch um die Wahrung der Verbraucherinteressen im wirtschaftlichen Bereich.
- (4) Die Genossenschaft kann ihren Geschäftsbetrieb auf Nichtmitglieder ausdehnen.

§2

(1) Gegenstand der Genossenschaft ist:

1. der gemeinschaftliche Einkauf von Bedarfsgütern aller Art im großen und Abgabe im kleinen gegen Barzahlung;
2. die Vermietung und Verpachtung genossenschaftseigener Räume und Einrichtungen;
3. die Bereitstellung und Vermittlung von Dienstleistungen;

(2) Um die Wirtschaft der Mitglieder wirksam zu fördern, kann sich die Genossenschaft an gemeinschaftlichen Einrichtungen der Konsumgenossenschaften und an sonstigen Unternehmen beteiligen.

Mitgliedschaft

§3

Mitglieder der Genossenschaft können alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personengesellschaften werden, die bereit und in der Lage sind, die ihnen aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen auf sich zunehmen.

§4

- (1) Zum Erwerb der Mitgliedschaft bedarf es einer unbedingten schriftlichen Beitrittserklärung, sowie der vollständigen Einzahlung auf mindestens einen Geschäftsanteil.
- (2) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
- (3) Lehnt der Vorstand die Aufnahme ab, so steht dem Abgewiesenen die Berufung binnen einem Monat an den Aufsichtsrat offen. Seine Entscheidung ist endgültig.

§5

Die Mitgliedschaft endet:

1. durch Aufkündigung (§6);
2. durch Ausschließung (§7);
3. durch Übertragung des Geschäftsguthabens (§8);
4. im Falle des § 10 Satz 2;
5. im Falle der Auflösung der juristischen Person oder Personengesellschaft.

§6

(1) Jedes Mitglied hat das Recht, durch schriftliche Aufkündigung seinen Austritt aus der Genossenschaft zu erklären oder, sofern es mit mehreren Geschäftsanteilen beteiligt ist, einzelne von mehreren Geschäftsanteilen aufzukündigen.

- (2) Die Aufkündigung ist nur zum Schluss eines Geschäftsjahres möglich. Die Kündigung muss der Genossenschaft sechs Monate vor Schluss eines Geschäftsjahres vorliegen.

§7

- (1) Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden:
1. wenn es eine wesentliche, ihm durch die Satzung auferlegte Verpflichtung verletzt;
 2. wenn es die Einrichtungen der Genossenschaft nicht angemessen benutzt;
 3. wenn es den Interessen der Genossenschaft gröblich zuwiderhandelt;
 4. wenn es unter seiner der Genossenschaft bekannt gegebenen Anschrift dauernd nicht erreichbar ist.
- (2) Über die Ausschließung von Mitgliedern entscheiden Vorstand und Aufsichtsrat durch übereinstimmende Beschlüsse (§39 Abs. 1 Ziff 2).
- (3) Der Ausschluss ist dem Mitglied unter Angabe des Grundes unverzüglich mittels eingeschriebenen Briefes mitzuteilen.
- (4) Von dem Augenblick der Absendung des Briefes an kann das Mitglied nicht mehr an der Vertreterversammlung oder sonstigen Mitgliederversammlungen teilnehmen, auch nicht mehr Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrates sein; es kann seine Rechte gem. §13 Abs. 1 Ziff. 1 und 4 nicht mehr wahrnehmen.
- (5) Dem ausgeschlossenen Mitglied steht die Berufung an die Vertreterversammlung zu. Sie ist binnen einem Monat, nachdem der Ausschluss wirksam geworden ist, schriftlich beim Vorstand einzulegen, hat aber keine aufschiebende Wirkung.

§8

- (1) Ein Mitglied kann jederzeit auch im Laufe eines Geschäftsjahres sein Geschäftsguthaben mit Genehmigung des Vorstandes durch schriftliche Vereinbarung einem anderen übertragen und hierdurch aus der Genossenschaft ausscheiden. Voraussetzung dabei ist, dass der Erwerber des Geschäftsguthabens der Genossenschaft als Mitglied angehört oder ihr als Mitglied beitrifft.
- (2) Ist der Erwerber bereits Mitglied, so ist die Übertragung des Geschäftsguthabens nur zulässig, sofern sein bisheriges Geschäftsguthaben nach Zuschreibung des Geschäftsguthabens des Veräußerers den zulässigen Gesamtbetrag der Geschäftsanteile, mit denen der Erwerber beteiligt ist oder sich beteiligt, nicht übersteigt.
- (3) Ein Mitglied kann jederzeit im Laufe eines Geschäftsjahres auch Teile seines Geschäftsguthabens mit Genehmigung des Vorstandes durch schriftliche Vereinbarung einem anderen übertragen und hierdurch die Anzahl seiner Geschäftsanteile verringern.

§9

Frei

§10

Stirbt ein Mitglied, so wird dessen Mitgliedschaft durch den Erben fortgesetzt. Wird bei mehreren Erben die Mitgliedschaft nicht innerhalb von 6 Monaten einem Miterben allein überlassen, so endet sie zum Schluss des Geschäftsjahres, in dem die Übertragung zu erfolgen hatte.

§11

- (1) Das Ausscheiden aus der Genossenschaft hat die Auseinandersetzung zwischen dem ausgeschiedenen Mitglied (im Falle des § 10 Satz 2-seinen Erben) und der Genossenschaft zur Folge. Die Auseinandersetzung unterbleibt im Falle des §8 (Übertragung).
- (2) Die Auseinandersetzung erfolgt aufgrund des von der Vertreterversammlung festgestellten Jahresabschlusses. Das nach der Auseinandersetzung sich ergebende Guthaben ist dem Mitglied binnen sechs Monaten nach seinem Ausscheiden auszuzahlen. Auf die Rücklagen und das sonstige Vermögen der Genossenschaft hat das ausgeschiedene Mitglied keinen Anspruch.

- (3) Der Anspruch auf Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens verjährt in zwei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt sechs Monate nach dem Ausscheiden.

§12

Wird die Genossenschaft binnen sechs Monaten nach dem Ausscheiden des Mitgliedes aufgelöst, so gilt das Ausscheiden als nicht erfolgt.

Rechte und Pflichten der Mitglieder

§13

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt,
1. ihre Vertreter und Ersatzvertreter für die Vertreterversammlung in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl per Stimmzettel auf die Dauer von vier Jahren zu wählen;
 2. sich der gemeinschaftlichen Einrichtungen zu bedienen;
 3. die gem. §47 der Satzung festgesetzte Ausschüttung zu fordern;
 4. die Einberufung einer Vertreterversammlung sowie die Ankündigung von Verhandlungsgegenständen unter den in § 22 Abs. 2 bezeichneten Voraussetzungen zu verlangen;
 5. Wünsche und Anliegen an die Organe der Genossenschaft heranzutragen.
- (2) Die Mitglieder sind auf geeignete Weise über den Fortgang des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes der Genossenschaft zu informieren. Ort und Termin der Vertreterversammlung sowie die Namen der Vertreter werden in dem in §50 Abs. 2 bezeichneten Mitteilungsblatt der co op Minden-Stadthagen eG veröffentlicht.
- (3) Die Zahl der zu wählenden Vertreter ergibt sich aus folgendem Schlüssel:
- bei 1.500 bis 1.999 Mitgliedern wird je 30 Mitglieder ein Vertreter gewählt,
 - bei 2.000 bis 2.499 Mitgliedern wird je 40 Mitglieder ein Vertreter gewählt,
 - bei 2.500 bis 2.999 Mitgliedern wird je 50 Mitglieder ein Vertreter gewählt,
 - bei 3.000 bis 3.499 Mitgliedern wird je 60 Mitglieder ein Vertreter gewählt,
 - ab 3.500 Mitgliedern wird je 70 Mitglieder ein Vertreter gewählt.
- Maßgeblich ist die Zahl der verbleibenden Mitglieder zum 31.12. des Jahres vor der Wahl der Mitglieder zur Vertreterversammlung.
- Des Weiteren werden 20 Ersatzvertreter gewählt. Die näheren Bestimmungen über das Verfahren und die Durchführung der Wahl und die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erlassen Vorstand und Aufsichtsrat mit Zustimmung der Vertreterversammlung in einer Wahlordnung.
- (4) Jedes Mitglied hat 1 Stimme. Es soll sein Stimmrecht persönlich ausüben und kann sich nur durch ein anderes Mitglied, Abkömmlinge, Eltern oder den Ehegatten vertreten lassen. Diese Beschränkung gilt nicht für Vertreter juristischer Personen und Personenhandelsgesellschaften. Eine Bevollmächtigung nicht voll geschäftsfähiger Personen oder Personen, die sich geschäftsmäßig zur Ausübung des Stimmrechts anbieten oder Personen, die aus der Genossenschaft ausgeschlossen wurden, ist nicht zulässig. Ein Bevollmächtigter kann nicht mehr als zwei Personen vertreten.

§14

Die Mitglieder sind verpflichtet:

1. die Satzung der Genossenschaft einzuhalten und die von den Organen der Genossenschaft gefassten Beschlüsse auszuführen;
2. sich der gemeinschaftlichen Einrichtungen in angemessenem Umfang zu bedienen;
3. eine Änderung ihres Wohnsitzes der Genossenschaft schriftlich mitzuteilen.

Organe der Genossenschaft

§15

Die Organe der Genossenschaft sind

1. Die Vertreterversammlung
2. Der Aufsichtsrat
3. Der Vorstand

Die Vertreterversammlung

§16

- (1) Die Vertreterversammlung besteht aus mindestens 50 gem. §13 gewählten Vertretern. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind zur Teilnahme an der Vertreterversammlung berechtigt und verpflichtet. Sie haben kein Stimmrecht.
- (2) Die Amtsdauer der Vertreter beträgt 4 Jahre. Sie endet mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses der durchgeführten Neuwahl zur Vertreterversammlung. Die Neuwahl wird im vierten Jahr nach dem Beginn der Amtszeit durchgeführt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in welchem die Amtszeit begann, nicht mitgerechnet. Im Falle der Anfechtung von Wahlen zur Vertreterversammlung endet die Amtszeit mit dem Beschluss über die Zurückweisung der Anfechtung bzw. im Falle einer als wirksam anerkannten Anfechtung mit der Bekanntgabe des Ergebnisses der nicht wirksam angefochtenen Wiederholungswahl.

§17

- (1) Zum Vertreter oder Ersatzvertreter kann jedes Mitglied der Genossenschaft gewählt werden, das willens und in der Lage ist, die ihm nach Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben wirksam wahrzunehmen. Zum Vertreter oder Ersatzvertreter kann jede natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die Mitglied der Genossenschaft ist, gewählt werden. Wer dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat der Genossenschaft angehört, kann nicht Vertreter sein.
- (2) Die Vertreter sind das Bindeglied zwischen Mitglied und Genossenschaft. Sie führen ihr Amt im Gesamtinteresse der Mitglieder gewissenhaft und unter verantwortungsbewusster Wahrung des Unternehmensinteresses. Sie sind an Weisungen ihrer Wähler nicht gebunden. In der Vertreterversammlung üben sie treuhänderisch die Mitgliederrechte aus, die durch das Genossenschaftsgesetz und diese Satzung der Vertreterversammlung übertragen sind. Sie fördern den Kontakt zwischen Mitglied und Genossenschaft.
- (3) Die Vertreter haben ein Auskunftsrecht gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat. Innerhalb der Vertreterversammlung können sie Unterrichtung verlangen über Angelegenheiten der Genossenschaft, soweit dies zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstandes der Tagesordnung erforderlich ist. Die Auskunft hat den Grundsätzen einer getreuen Rechenschaft zu entsprechen. Sie darf verweigert werden,
 - a) soweit sie nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Genossenschaft einen Nachteil zuzufügen;
 - b) soweit sich der Vorstand oder der Aufsichtsrat durch die Erteilung der Auskunft strafbar macht oder eine gesetzliche, satzungsmäßige oder vertragliche Geheimhaltungspflicht verletzen würde;
 - c) soweit arbeits- und dienstvertragliche Angelegenheiten berührt werden.

§18

Scheidet ein Vertreter vor Ablauf der Amtszeit aus, tritt ein Ersatzvertreter an seine Stelle. Die Ersatzvertreter werden gleichzeitig mit den Vertretern gewählt. Ihre Amtszeit endet spätestens mit Ablauf der regelmäßigen Amtszeit des ausgeschiedenen Vertreters.

§19

Jeder Vertreter erhält zum Nachweis seiner Vertretungsbefugnis und ihrer Dauer eine Bescheinigung des Vorstandes.

§20

Jedes Mitglied der Vertreterversammlung hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.

§21

- (1) Die Vertreterversammlung ist zuständig für:
1. die Änderung der Satzung;
 2. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates;
 3. die Entscheidung über die Verwendung eines Jahresüberschusses oder die Deckung eines Jahresfehlbetrages sowie die Verwendung eines Gewinn-/Verlustvortrages;
 4. die Wahl und die endgültige Abberufung der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie die Kündigung der Dienstverträge mit den Mitgliedern des Vorstandes;
 5. die Zustimmung zur Wahlordnung (§13 Abs. 3);
 6. die Entscheidung über die Berufung im Falle des § 7 Abs. 5;
 7. die Verschmelzung der Genossenschaft mit einer anderen Genossenschaft;
 8. die Auflösung der Genossenschaft.
 9. die Festlegung der Grundsätze für die Beteiligung mit mehr als 100 Geschäftsanteilen je Mitglied

Im Rahmen der Berichterstattung über den Jahresabschluss hat der Vorstand die Vertreterversammlung zu unterrichten über die Lage, Entwicklung und Ziele der Genossenschaft sowie über die Förderung der Mitglieder. Der Aufsichtsrat kann sich zu diesen Berichten äußern.

- (2) Vor der Behandlung von Anträgen auf Änderung der Satzung (§21 Abs. 1 Ziff. 1), der Wahl und der Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes sowie der Kündigung der Dienstverträge mit den Mitgliedern des Vorstandes (§21 Abs.1 Ziff. 4) sowie von Angelegenheiten der in § 21 Abs. 1 Ziff. 7 und 8 bezeichneten Art hat die Genossenschaft die gutachtliche Stellungnahme des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften eV einzuholen. Die Stellungnahme ist der Vertreterversammlung vor ihrer Beschlussfassung bekannt zu geben.
- (3) Der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften eV ist berechtigt, Anträge auf Abberufung von Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern zu stellen.

§22

- (1) Die ordentliche Vertreterversammlung findet innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres statt, außerordentliche Vertreterversammlungen finden nach Bedarf statt. Die Vertreterversammlung wird in der Regel vom Aufsichtsrat einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Verzögert er die Berufung, so ist der Vorstand dazu verpflichtet, wenn nach Gesetz oder Satzung die Einberufung der Vertreterversammlung geboten ist.
- (2) Eine Vertreterversammlung muss ferner ohne Verzug einberufen werden, wenn der zehnte Teil der Mitglieder oder 1/5 der Vertreter in Textform unter Benennung des Zwecks und der Gründe die Einberufung verlangt. In gleicher Weise können die Mitglieder oder Vertreter auch verlangen, dass bestimmte Gegenstände für die Beschlussfassung angekündigt werden. Wird dem Verlangen nicht entsprochen, dann kann das Gericht sie zur Einberufung der Vertreterversammlung oder zur Ankündigung des Gegenstandes ermächtigen. Mit der Einberufung oder Ankündigung ist die gerichtliche Ermächtigung bekannt zu geben.
- (3) Die Vertreterversammlung wird durch schriftliche Einladung der Vertreter spätestens 3 Wochen vor ihrem Stattfinden (Tag der Absendung der Einladung) unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. In dringenden Eilfällen kann die Einberufungsfrist auf 1 Woche abgekürzt werden. Die Einberufung ist vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder vom Vorstand zu unterzeichnen und muss den Termin, die Uhrzeit, den Tagungsort, die

- vorläufige Tagesordnung, sowie den Termin bis zu dem Anträge eingereicht werden können enthalten. Anträge sind nur im Rahmen der Zuständigkeit der Vertreterversammlung zulässig.
- (4) Über Gegenstände, deren Verhandlung nicht mindestens 10 Tage vor der Vertreterversammlung (Tag der Absendung) in der für die Einberufung vorgeschriebenen Weise angekündigt worden ist, können Beschlüsse nicht gefasst werden. Das gilt jedoch nicht für Beschlüsse über die Leitung der Versammlung sowie für Anträge auf Einberufung einer außerordentlichen Vertreterversammlung.
- (5) Dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. ist die Einberufung der Vertreterversammlung unter Angabe der Tagesordnung rechtzeitig anzuzeigen.

§23

- (1) Die Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen worden und mindestens die Hälfte der gewählten Vertreter anwesend ist. Ist die Vertreterversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine weitere Vertreterversammlung binnen einer Frist von 4 Wochen einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anwesenheit beschlussfähig ist.
- (2) Die Vertreterversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Beschlüsse über:
1. die Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrats,
 2. die Änderung der Satzung,
 3. die Auflösung der Genossenschaft,
 4. die Verschmelzung der Genossenschaft
- sind nur gültig bei einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

§24

- (1) Die Abstimmung erfolgt durch Handaufheben oder Stimmkarte. Wahlen erfolgen durch geheime Abstimmung, wenn mindestens 10 Vertreter dies verlangen.
- (2) Erscheint das Ergebnis zweifelhaft, so kann es der Vorsitzende durch Auszählung feststellen lassen. Er ist hierzu verpflichtet:
1. bei Beschlüssen, die nach §23 einer besonderen Mehrheit bedürfen,
 2. auf Antrag von mindestens zehn Vertretern.

§25

- (1) Die Vertreterversammlung wird im Falle ihrer Einberufung durch den Aufsichtsrat vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats bzw. im Hinderungsfall durch ein anderes Aufsichtsratsmitglied, im Falle ihrer Einberufung durch den Vorstand von einem Mitglied des Vorstandes geleitet. Steht weder ein Mitglied des Aufsichtsrates noch ein Mitglied des Vorstandes zur Leitung der Versammlung zur Verfügung, so kann diese auch einem Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften eV übertragen werden.
- (2) Beschlüsse der Vertreterversammlung sind in einer Niederschrift festzuhalten, die von dem Vorsitzenden und den anwesenden Mitgliedern des Vorstandes zu unterschreiben ist. Der Niederschrift sind die Belege über die Einberufung beizufügen.
- (3) Zur Förderung der Mitglieder- und Verbraucherarbeit kann ein Mitglieder- und Verbraucherausschuss gebildet werden, der den Erfahrungsaustausch fördern und an der Erarbeitung von Grundsätzen für die Mitglieder- und Verbraucherarbeit mitwirken soll. Die ordentliche Vertreterversammlung wird über seine Arbeit im Rahmen der Berichterstattung informiert.

Der Aufsichtsrat

§ 26

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens fünf Mitgliedern der Genossenschaft.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats dürfen nicht zugleich dem Vorstand angehören oder dauernde Stellvertreter des Vorstandes sein, auch nicht als Beamte (leitende Mitarbeiter) die Geschäfte

der Genossenschaft führen oder zu ihren Lieferanten gehören. Frühere Mitglieder des Vorstandes dürfen erst nach erteilter Entlastung in den Aufsichtsrat gewählt werden.

- (3) Die Wahl des Aufsichtsrats erfolgt durch die Vertreterversammlung, soweit nicht gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmen. Erhalten die Bewerber weniger als 1/3 der gültigen Stimmen, so sind sie nicht gewählt. Der Wahlgang ist solange zu wiederholen, bis die zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder mindestens 1/3 der gültigen Stimmen erreicht haben.
- (4) Als Mitglied des Aufsichtsrats soll von der Vertreterversammlung nur gewählt werden, wer mindestens 2 Jahre Mitglied der Genossenschaft ist.

§27

- (1) Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder gilt §37 über die Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder sinngemäß.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats können die Ausübung ihrer Obliegenheiten nicht anderen Personen übertragen.
- (3) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine im Rahmen der Empfehlungen des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V. vom Vorstand festzusetzende Vergütung.

§28

- (1) Der Aufsichtsrat hat folgende Aufgaben:
 1. den Vorstand bei seiner Geschäftsführung im Rahmen von Gesetz und Satzung zu überwachen und sich von dem Gange der Angelegenheiten der Genossenschaft zu unterrichten;
 2. den vom Vorstand vorzulegenden Jahresabschluss zu prüfen und darüber der Vertreterversammlung vor Feststellung des Jahresabschlusses Bericht zu erstatten;
 3. sich über wesentliche Feststellungen oder Beanstandungen einer durch den Prüfungsverband vorgenommenen Prüfung zu erklären;
 4. der Vertreterversammlung für die Wahl von Mitgliedern des Vorstandes Vorschläge zu machen;
 5. Mitglieder des Vorstandes vorläufig ihres Amtes zu entheben und wegen der einstweiligen Fortführung der Geschäfte das Erforderliche zu veranlassen;
 6. die Vertreterversammlung zu berufen, wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich erscheint;
 7. über die Berufung eines Abgewiesenen (§4 Abs. 3) zu entscheiden;
 8. die Genossenschaft bei Rechtsgeschäften und Prozessen mit den Vorstandsmitgliedern zu vertreten.
- (2) Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben unter Beachtung und Förderung der Grundsätze und Ziele der genossenschaftlichen Zusammenarbeit zu erfüllen.
- (3) Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und sie mit der Erfüllung einzelner seiner in der Geschäftsordnung oder durch Einzelbeschluss festgelegter Aufgaben betrauen. Auf die Ausschüsse sind §§29 bis 31 entsprechend anzuwenden.

§29

- (1) Die Sitzungen finden nach Bedarf statt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung (§39 Abs. 1 Ziff. 1).
- (2) Der Vorsitzende hat eine Sitzung mit Angabe der Verhandlungsgegenstände zu berufen, wenn es der dritte Teil der Mitglieder des Aufsichtsrats oder der Vorstand unter schriftlicher Mitteilung der Beratungsgegenstände verlangt.

§30

- (1) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

- (2) Der Aufsichtsrat kann Beschlüsse in dringenden Fällen auch schriftlich oder fernmündlich fassen, wenn jedes Mitglied mit der Abgabe seines Votums die Zustimmung zu diesem Verfahren erklärt. Im Falle fernmündlicher Beschlussfassung ist das Votum durch schriftliche Erklärung an den Aufsichtsratsvorsitzenden zu bestätigen.
- (3) Beschlüsse des Aufsichtsrats sind in einer Niederschrift festzuhalten, die von dem Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterschreiben ist. Im Übrigen wird das Verfahren bei den Beratungen und Beschlüssen des Aufsichtsrats in einer Geschäftsordnung geregelt.
- (4) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Schriftführer sowie je einen Stellvertreter.

§31

- (1) Die Amtsdauer der Mitglieder des Aufsichtsrats beträgt 4 Jahre. Sie beginnt mit dem Schlusse der Vertreterversammlung, die die Wahl vorgenommen hat und endet am Schluss der Vertreterversammlung, die für das 4. Geschäftsjahr nach der Wahl stattfindet. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in welchem das Aufsichtsratsmitglied gewählt wurde, mitgerechnet. Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied im Laufe seiner Amtszeit aus, so hat auf der nächsten ordentlichen Vertreterversammlung eine Ersatzwahl für die restliche Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes zu erfolgen. Bis zur Vertreterversammlung, auf der die Ersatzwahl stattfindet, besteht der Aufsichtsrat nur aus den verbleibenden Mitgliedern, wenn nicht eine sofortige Ersatzwahl wegen des Absinkens auf weniger als 3 Aufsichtsratsmitglieder notwendig ist.

Der Vorstand

§32

- (1) Der Vorstand führt die Geschäfte der Genossenschaft in eigener Verantwortung, soweit er darin nicht durch Gesetz oder Satzung beschränkt ist. Der Vorstand vertritt die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich, soweit nicht die Vertretung dem Aufsichtsrat obliegt.
- (2) Der Vorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:
 1. die Interessen der Genossenschaft und ihrer Mitglieder unter Beachtung und Förderung der Grundsätze und Ziele der genossenschaftlichen Zusammenarbeit zu wahren;
 2. die Geschäfte der Genossenschaft zu führen;
 3. den Jahresabschluss aufzustellen und vorzulegen;
 4. einen Wirtschaftsplan für das folgende Jahr aufzustellen;
 5. ein Verzeichnis der Mitglieder zu führen.

§33

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern, die der Genossenschaft angehören müssen. Mitglieder des Aufsichtsrats oder Lieferanten der Genossenschaft dürfen dem Vorstand der Genossenschaft nicht angehören.
- (2) Die Genossenschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.
- (3) Der Vorstand ist von § 181 2. Alternative BGB befreit.

§ 34

- (1) Auf Vorschlag des Aufsichtsrats wählt die Vertreterversammlung die Mitglieder des Vorstandes. Vor der Wahl ist die gutachtliche Äußerung des Zentralverbandes darüber einzuholen, ob der Vorgeschlagene die für das Amt erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen besitzt.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit jeweils für bis zu fünf Jahre ist zulässig. Die

Verlängerung der Amtszeit obliegt dem Aufsichtsrat. Sie bedarf eines neuen Beschlusses des Aufsichtsrats, der frühestens ein Jahr vor Ablauf der bisherigen Amtszeit gefasst werden kann.

- (3) Die Vorstandsmitglieder üben ihre Tätigkeit haupt- oder nebenamtlich gegen Zahlung einer Vergütung oder ehrenamtlich ohne Zahlung einer Vergütung aus. Der Aufsichtsrat soll bei der Festsetzung einer Vergütung für den Vorstand dafür Sorge tragen, dass sie im Rahmen der Empfehlungen des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften eV für die Besoldung von Vorstandsmitgliedern liegt. Dies gilt sinngemäß für Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art.

§35

- (1) Die Wahl der Vorstandsmitglieder ist jederzeit widerruflich, unbeschadet etwaiger Ansprüche aus bestehenden Verträgen. Der Widerruf erfolgt durch einen auf Enthebung aus dem Amt lautenden Beschluss der Vertreterversammlung.
- (2) Der vorläufigen Amtsenthebung durch den Aufsichtsrat haben sich die Mitglieder des Vorstandes bis zur endgültigen Entscheidung der unverzüglich einzuberufenden Vertreterversammlung zu fügen.

§36

Ist ein Mitglied des Vorstandes verhindert, sein Amt auszuüben, so kann der Aufsichtsrat eines seiner Mitglieder zum Stellvertreter bestellen. Solange die Stellvertretung dauert und bis zur Entlastung des Stellvertreters darf dieser als Mitglied des Aufsichtsrats nicht tätig sein.

§37

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters einer Genossenschaft anzuwenden. Bei Verletzung ihrer Pflichten haften sie der Genossenschaft für den entstandenen Schaden persönlich und als Gesamtschuldner.

§38

- (1) Der Vorstand fasst seine Entschlüsse mit einfacher Mehrheit.
- (2) Über Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die von den Mitgliedern des Vorstandes zu unterschreiben sind.

Gemeinsame Zuständigkeit von Aufsichtsrat und Vorstand

§39

- (1) Übereinstimmender Beschlüsse, die in getrennten Abstimmungen von Aufsichtsrat und Vorstand zu fassen sind, bedarf die Regelung folgender Angelegenheiten:
1. die Aufstellung der Geschäftsordnung für den Vorstand und den Aufsichtsrat;
 2. die Ausschließung von Mitgliedern;
 3. die nach §13 Abs. 3 zu erlassende Wahlordnung;
 4. den Vorschlag für die Tagesordnung der Vertreterversammlung.
- Bei der Beschlussfassung zu Ziff. 3 muss der Beschluss des Vorstandes einstimmig gefasst werden.
- (2) Der Vorstand bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates zu nachfolgenden Handlungen:
1. Vorschlag an die Vertreterversammlung über die Verwendung des bilanzmäßigen Überschusses/Fehlbetrages;
 2. zum Erwerb oder zur Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, soweit der Wert im Einzelfall 150.000,-- Euro übersteigt;
 3. zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten an Grundstücken, zum Erwerb oder zur Veräußerung von Lizenzen oder ähnlichen Rechten, soweit der Wert im Einzelfall 150.000,-- Euro übersteigt;

4. zum Abschluss und zur Änderung von Miet- und Pachtverträgen und solchen Verträgen, die wiederkehrende Verpflichtungen für die Genossenschaft begründen, wenn die jährliche Belastung aus dem Vertrag 50.000,-- Euro übersteigt;
5. zum Abschluss von Darlehensverträgen, soweit die Darlehenssumme 250.000,-- Euro übersteigt;
6. zum Abschluss oder zur Änderung von Anstellungsverträgen, wenn sie ein Jahresgehalt von mehr als 50.000,-- Euro oder eine Pensionsverpflichtung beinhalten;
7. zur Erteilung und zum Widerruf von Prokura;
8. zur Beteiligung, Gründung und Führung von anderen Unternehmen;
9. zur Aufstellung des Wirtschaftplanes für das folgende Jahr;
10. zur Errichtung und Schließung von Läden;

Nach Ziff. 2 zustimmungsbedürftige Maßnahmen sind mit der Beschlussfassung über den das folgende Geschäftsjahr umfassenden Wirtschaftplan genehmigt, wenn die Maßnahme im Wirtschaftplan gesondert ausgewiesen wurde. Will der Vorstand im Laufe des Geschäftsjahres von einem solchen Beschluss wesentlich abweichen, so ist eine erneute Beschlussfassung erforderlich.

- (3) Ist die vom Vorstand gewünschte Einwilligung des Aufsichtsrates nach Abs.2 wegen der Eilbedürftigkeit nicht rechtzeitig herbeizuführen und würden der Genossenschaft durch eine Verzögerung Nachteile erwachsen, so kann die Einwilligung des Aufsichtsrates durch die Einwilligung des Aufsichtsratsvorsitzenden, im Verhinderungsfalle seines Stellvertreters, ersetzt werden. Der Aufsichtsrat ist in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.

§40

- (1) Gemeinschaftliche Sitzungen des Aufsichtsrats und des Vorstands müssen stattfinden, wenn der dritte Teil der Mitglieder des Aufsichtsrats es unter Angabe der Beratungsgegenstände verlangt. Den Vorsitz in den gemeinschaftlichen Sitzungen führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder dessen Stellvertreter.
- (2) Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die von den Mitgliedern des Vorstandes sowie dem Vorsitzenden und dem Schriftführer des Aufsichtsrates zu unterschreiben sind.

Gemeinsame Vorschriften für die Organe der Genossenschaft

§41

- (1) Das Stimmrecht eines Mitgliedes ruht bei Beschlüssen, durch die ihm Entlastung erteilt werden soll oder an denen es in sonstiger Weise persönlich interessiert ist.
- (2) Ergibt sich bei Wahlen Stimmgleichheit, so ist die Wahl zu wiederholen. Ergibt sich erneut Stimmgleichheit, so entscheidet das Los.
- (3) Stimmenenthaltungen und ungültige Stimmen werden bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses nicht berücksichtigt.

Eigene Betriebsmittel der Genossenschaft

§42

- (1) Die Einlage, mit der sich jedes Mitglied beteiligt (Geschäftsanteil), beträgt 10,-- Euro. Sie ist sofort voll einzuzahlen.
- (2) Die Mitglieder sind nicht verpflichtet, Nachschüsse zu leisten.

§43

- (1) Die Beteiligung eines Mitgliedes mit mehreren Geschäftsanteilen ist zulässig. Es können höchstens 1.000 Geschäftsanteile übernommen werden.

- (2) Ein Mitglied, das einen weiteren Geschäftsanteil übernehmen will, hat darüber eine schriftliche unbedingte Erklärung abzugeben. Die Erklärung ist vom Vorstand nach Zulassung des Mitgliedes zum weiteren Geschäftsanteil in die Liste der Genossen einzutragen. Der Beschluss des Vorstandes über die Zulassung weiterer Geschäftsanteile bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates, die auch in der Form allgemeiner Richtlinien erteilt werden kann.
Bei der Zustimmung zur Beteiligung mit mehr als 100 Geschäftsanteilen haben Vorstand und Aufsichtsrat die Grundsätze der Vertreterversammlung (§21 Abs. 1 Nr. 9) zu beachten.
- (3) Jeder weitere Geschäftsanteil muss nach Zulassung durch den Vorstand voll eingezahlt werden.

§44

Die Einzahlungen und Gutschriften auf die Geschäftsanteile abzüglich etwaiger Verlustabschreibungen bilden das Geschäftsguthaben. Das Geschäftsguthaben eines Mitgliedes darf, solange es nicht ausgeschieden ist, von der Genossenschaft nicht ausgezahlt, eine geschuldete Einzahlung darf nicht erlassen werden. Gegen die Verpflichtung zur Einzahlung des Geschäftsanteils ist die Aufrechnung ausgeschlossen.

§45

- (1) Zum Ausgleich eines aus der Bilanz sich ergebenden Jahresfehlbetrages dient die gesetzliche Rücklage.
- (2) Sie wird gebildet durch:
 1. die Überweisung von mindestens zwanzig vom Hundert aus dem bilanzmäßigen Jahresüberschuss;
 2. die verfallenen Geschäfts- und Ausschüttungsguthaben.
- (3) Der gesetzlichen Rücklage sind solange Mittel zuzuführen, bis mindestens die Höhe der gesamten Geschäftsanteile erreicht ist.
- (4) Neben der gesetzlichen Rücklage wird eine weitere Ergebnissrücklage gebildet, der die nach einer umsichtigen Geschäftsführung gebotenen Mittel zuzuführen sind.

Rechnungswesen und Jahresabschluss

§46

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Der Vorstand ist verantwortlich für ein den gesetzlichen Erfordernissen entsprechendes Rechnungswesen. Er hat unverzüglich für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss aufzustellen und dem Aufsichtsrat vorzulegen. Der Aufsichtsrat prüft den Jahresabschluss und berichtet über das Ergebnis der Vertreterversammlung. Auch stellt er die Anträge auf Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

§47

- (1) Durch Beschluss der Vertreterversammlung wird eine Dividende nach Maßgabe der Geschäftsguthaben gezahlt. Geschäftsguthabenbeträge bis zur Höhe des ersten Geschäftsanteils bleiben unberücksichtigt. Maßgeblich für die Dividendenberechnung ist das Guthaben am Schluss des Geschäftsjahres.
- (2) Dividendenberechtigt sind nur Mitglieder, die bereits am 30. Juni eines Geschäftsjahres Mitglied waren.
- (3) Der Anspruch auf Dividende ist sechs Monate nach Schluss des Geschäftsjahres fällig. Der Ausschüttungsbetrag wird den Mitgliedern überwiesen. Der Anspruch auf die Ausschüttung verjährt binnen zehn Jahren, gerechnet vom Tage der Beschlussfassung an.
- (4) Die Dividende erhöht sich um zwei Prozentpunkte, wenn und soweit das Geschäftsguthaben des Mitglieds 1.000 € übersteigt.

§48

Ein bilanzmäßig ausgewiesener Jahresfehlbetrag kann zu Lasten der Ergebnisrücklagen oder Geschäftsguthaben ausgeglichen oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Vertreterversammlung entscheidet darüber, ob der Ausgleich zu Lasten der Geschäftsguthaben oder der Ergebnisrücklagen oder zu Lasten beider erfolgen soll oder auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Genossenschaftliche Zusammenschlüsse

§49

- (1) Die Genossenschaft und ihre verselbständigt in anderer Rechtsform geführten Einrichtungen und in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Tochtergesellschaften gehören dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften eV, Hamburg, an.
- (2) Die Genossenschaft ist Mitglied in der Hamburger Pensionskasse.

Bekanntmachungen

§50

- (1) Die gesetzlich und satzungsmäßig vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter ihrer Firma und sind von den Mitgliedern des Vorstandes zu unterzeichnen. Beruft der Aufsichtsrat die Vertreterversammlung ein, so unterzeichnet statt des Vorstandes der Vorsitzende des Aufsichtsrats.
- (2) Die Bekanntmachungen erfolgen auf der Internetseite der co op Minden-Stadthagen eG, erreichbar unter „www.coop-forum.de“.

Auflösung der Genossenschaft

§51

- (1) Die Auflösung der Genossenschaft erfolgt durch den Beschluss der Vertreterversammlung (§21 Abs.1 Ziff.8).
- (2) Ein nach Begleichung aller Verbindlichkeiten etwa noch verbleibendes Vermögen ist an die Mitglieder nach Maßgabe der Geschäftsanteile zu verteilen, wobei pro Mitglied jeweils ein Geschäftsanteil unberücksichtigt bleibt.

Minden, den 25. Juni 2018